



Vertheilung: Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühr für den Raum einer sechsstelligen Zeitungszeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herkenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 516. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 4. November 1878.

Deutschland.

Breslau, 2. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Consistorialrath a. D. und emeritirten Parrer Berthold zu Salbke im Kreise Wanzleben, bisher zu Bedau bei Magdeburg, dem Parrer Suble zu Jantendorf im Kreise Kolmar i. P. und dem Steuerinnehmer Hellvogt zu Seehausen im Kreise Wanzleben den Rothen Adlerorden vierter Klasse; dem General-Inspecteur des Taubstummenwesens, Geheimen Regierungsrath Sägeri zu Berlin den königlichen Kronenorden zweiter Klasse mit der Zahl 50; dem Schiffbau-Oberingenieur Jarnack von der Marine und dem pensionirten Oprengisseur Jastewitz zu Wiesbaden den königlichen Kronenorden vierter Klasse; dem Schullehrer und Küster Böttcher zu Schildau im Kreise Torgau den Adler der Inhaber des königlichen Hausordens von Hohenzollern, sowie dem Schullehrer Volduan zu Kunow im Kreise Schlawe und dem Schullehrer und Küster Behrendts zu Bedzin im Kreise Ruppau das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat dem technischen Mitgliede des Directoriums der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft, Baurath Julius Ludwig Quassowski zu Berlin, den Charakter als Geheimen Regierungsrath und dem Geh. Registrator bei der Oberrechnungskammer Friedr. Wilh. Göhring den Charakter als Canzleirath verliehen.

Verstelt sind: der Kreisgerichtsrath Gregorius in Lüben an das Kreisgericht in Lubau und der Kreisgerichtsrath Busch in Briesen an das Kreisgericht in Perleberg. Der Stadtgerichtsrath Graf von Pückler in Berlin ist in Folge seiner Ernennung zum Regierungsrath aus dem Justizdienst geschieden. Die nachgesuchte Dienstentlassung ist ertheilt: dem Kreisgerichtsrath Kramer in Weferlingen mit Pension und dem Rechtsanwalt Baumann in Melsungen. Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Hansen in Hensburg, der Rechtsanwalt und Notar Grönböck in Lüneburg, der Advocat, Justizrath Dr. Manbann in Frankfurt a. M. und der Rechtsanwalt Schirde in Fulda sind gestorben.

[Bekanntmachung der königlichen Akademie der Künste.] Se. Majestät der Kaiser und Königin haben in Berücksichtigung der Allerhöchsten Befehle unterbreiteten Vorschläge des Senats zur Verleihung der goldenen Medaille für Kunst an solche Künstler, deren Werke sich auf der diesjährigen akademischen Kunst-Ausstellung besonders ausgezeichnet haben, die kleine goldene Medaille mittelst Allerhöchster Ordre vom 30. October d. J. allergnädigst zu bewilligen geruht: 1) dem Architekten Professor Rapphorst in Köln; 2) dem Landwirthschaftslehrer Professor C. Dücker in Düsseldorf; 3) dem Genremaler L. Bokelmann in Düsseldorf; 4) dem Bildhauer A. Ohmann in Berlin; 5) dem Bildhauer J. Schaper in Berlin; 6) dem Maler A. Seel in Düsseldorf; 7) dem Maler Frh. Werner in Berlin; 8) dem Maler C. Biermann in Berlin; 9) dem Kupferstecher E. Forberg in Düsseldorf. Berlin, den 2. November 1878. Die königliche Akademie der Künste. Hs.ig.

Breslau, 2. Nov. [Se. Kaiserliche und Königl. Hoheit der Kronprinz.] nahm gestern im Laufe des Vormittags den regelmäßigen Vortrag des Chefs des Civil-Cabinetts entgegen. (N. A.) (B. T. B.) **Breslau, 2. Novbr.** [Der Bundesrath] hielt gestern eine Plenarsitzung unter Vorsitz des Präsidenten des Reichskanzleramts, Staatsministers Hofmann. Nach Feststellung des Protokolls der vorigen Sitzung wurde eine Vorlage, betreffend den Abschluß einer Uebereinkunft mit Großbritannien wegen Unterdrückung des Sklavenhandels, den betreffenden Ausschüssen überwiesen. Der Vorsitzende theilte hierauf mit, daß der Staatsminister und Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, zum Vorsitzenden der auf Grund des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie gebildeten Commission zur Entscheidung von Beschwerden und der Unterstaatssecretär Bitter zum Stellvertreter des Vorsitzenden ernannt worden sei, sowie daß die Commission sich constituirt und auf Grund des § 27 des Gesetzes den Entwurf eines Geschäftsregulativs vorgelegt habe. Ueber die Bestätigung dieses Regulativs soll in der nächsten Sitzung Beschluß gefaßt werden. Auf Antrag Preußens wurde beschloffen, daß die Reichscommission zum directen Verlehr mit den Reichs- und Landesbehörden befugt sei und daß die letzteren angewiesen werden sollen, die bei ihnen eingehenden Beschwerden unmittelbar der Reichscommission einzureichen. Demnach wurde Beschluß gefaßt über einige Anträge, betreffend das Pensionsverhältnis von Beamten der Post- und Telegraphen-Verwaltung. Ausschüsse wurden ernannt über a. eine Petition wegen Zurücksetzung des Jolles für beschädigten Tabak. Dem Gesuche soll entsprochen werden. b. Die Zollbehandlung der schwedischen Zündhölzer. Der Ausschussantrag wurde mit einer, den Motiven des Antrages entsprechenden Aenderung genehmigt. c. Die Abstemmung der Spielarten des Gaigelspiels. Es wurde beschloffen, daß bei der Abstempelung dieser Karten je 24 Karten als besonderes Spiel zu behandeln seien. Endlich wurde eine Petition des Vorstandes des Vereins deutscher Jrenärzte, betreffend die Revision der Prüfungsvorschriften für Aerzte vorgelegt und dem betreffenden Ausschusse überwiesen.

Breslau, 3. Nov. [Der Welfensfonds. — Regelung der kirchlichen Verhältnisse im Reichslande. — Revision des Zolltarifs.] Der Welfensfonds wird, wie es immer mehr den Anschein gewinnt, nun doch wohl ernstlich aus der Welt geschafft werden. Unsere neulichste Nachricht, daß bisher von dem Herzog von Cumberland kein Schritt des Entgegenkommens gethan ist, um einen Ausgleich mit der preussischen Regierung herbeizuführen, bestätigt sich zwar vollkommen, dagegen wird es sehr wahrscheinlich, daß der Herzog nicht umhin können wird, in nächster Zukunft sich zu einem andern Verhalten zu bequemen. Die Ausschüttung des Nachlasses des verstorbenen Erbprinzen von Hannover hat ergeben, daß dessen Hinterbliebenen auf die Zurücksetzung des von Preußen beschlagnahmten Vermögens des verstorbenen Königs angewiesen sind. Mit dieser ganzen Sachlage hängt die vor Kurzem erfolgte Berufung des Abg. Windthorst (Meppen) zur hannoverschen Familie nach Wien zusammen. Es ist ferner Thatsache, daß der Londoner Hof sehr eindringliche Vorstellungen an die hannoversche Familie gerichtet hat, um dieselbe zu einem Ausgleich in der von Preußen verlangten Richtung zu bewegen. Sind diese Vorstellungen in ihrer Wirkung stark genug, um dem Einfluß des Abg. Windthorst, welcher sich noch in Wien befindet, Spitze zu bieten, so wird zweifellos der Ausgleich und damit die Herausgabe des Welfensfonds erfolgen. Jedenfalls schweben über die Angelegenheit bereits Verhandlungen zwischen dem Staatsministerium und dem Finanzminister. Die öffentliche Meinung in Preußen hat sich wiederholt laut genug für die Herausgabe des Fonds ausgesprochen, jedoch selbstverständlich die Garantien dafür verlangt, daß auch die Agitationen, zu deren Beseitigung die Beschlagnahme erfolgt ist, gründlich aus der Welt geschafft sind. Angesichts des Streites, welcher über die Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und der römischen Curie zwischen der „Defense“ und der hiesigen „Germania“ ausgebrochen ist, möchten wir darauf hinweisen, daß schon in den letzten Tagen der kürzlich geschlossenen Reichstagsession in den Kreisen elsass-lothringischer Abgeordneter die bevorstehende Erneuerung der Verhandlungen mit dem Vatican besprochen wurde und zwar sollte nach jenen Angaben eine thatsächlich noch zu erzielende Verständigung über die kirchlichen Verhältnisse in den Reichslanden den Anlaß bieten, welche z. B. noch ganz so verwaltert werden, wie zur Zeit der Zugehörigkeit Elsass-Lothringens zu Frankreich. Schon damals wurden diese Angaben lediglich als Vorboten für weitere Verständigungen zwischen der Curie und der

Reichsregierung aufgefaßt. Ueber die kirchlichen Verhältnisse Elsass-Lothringens wird auch bereits unterhandelt. — Die vorbereitenden Arbeiten der Reichsbehörden bewegen sich auf dem Gebiete der „Revisionen“, welche, wie es scheint, den gesetzgeberischen Arbeiten der nächsten Periode die Signatur geben werden. Daß eine Revision des Zolltarifs vorgenommen werden soll, ist längst bekannt. Dagegen ist man von einer Verständigung über Inhalt und Umfang derselben noch sehr weit entfernt und hat darüber noch vielfach zu verhandeln. Nur ist man in den schützollnerischen Kreisen der Regierung sehr vertrauensvoll auf den Erfolg jeder Revision, indem man sich auf die zahlreichen Unterschriften der Erklärung der sogen. volkswirtschaftlichen Vereinigung beruft. — Durch kaiserliche Ordre vom gestrigen Tage ist der bisherige Commandant von Berlin, Generalleutnant von Neumann unter Verleihung des königlichen Kronenordens erster Klasse mit Pension zur Disposition gestellt und an seiner Stelle der Generalmajor Graf von Wartenleben, bisher von der Armee und bei dem Großen Generalstabe der letzteren, zum Commandanten von Berlin ernannt worden.

Breslau, 3. Novbr. [Die Pläne des Reichskanzlers in der inneren Politik.] Die Antwort des Fürsten Bismarck auf das Schreiben des Abg. v. Barnbüler hat in den weitesten Kreisen und insbesondere unter den Mitgliedern der liberalen parlamentarischen Parteien gerechtes Aufsehen erregt. Ueber die Tragweite und Bedeutung der Erklärung des Reichskanzlers erhalten wir von zwei vielgenannten Abgeordneten beachtenswerthe Zuschriften, die wir ohne Commentar mittheilen. Die erste lautet: „Fürst Bismarck betont in seinem Briefe an Herrn v. Barnbüler, daß er eine „umfassende Revision“ des Zolltarifs nothwendig halte. Nach den mir zukommenden Nachrichten handelt es sich nicht bloß um die Revision der Zölle auf industrielle, sondern auch auf landwirthschaftliche Producte. Die Tendenz des Reichskanzlers in der Frage der Zollpolitik ist offenbar ein Ausfluß seiner allgemeinen Anschauung über die deutsche Landwirthschaft, welche ihn zugleich neben der Zollpolitik seine bekannten Pläne im Eisenbahnwesen verfolgen läßt. Auf der einen Seite beabsichtigt er die Erleichterung des Imports fremder landwirthschaftlicher Producte durch Zölle, auf der anderen Seite durch eine kräftige Einwirkung auf das Eisenbahnwesen, namentlich durch Beseitigung der Differenzialtarife, mit welcher bekanntlich durch den Handelsminister bereits begonnen worden ist. Die Auffassung, daß der Reichstag und der preussische Landtag schon in dieser Session die Steuer-, Zoll- und Eisenbahnfragen erledigen werden, ist mehr als unwahrscheinlich, weil die Vorbereitungen sehr umfangreich sind. In der Zollfrage stehen noch alle Enquêtes aus, und die ausgebehten Revisionen, wie sie vom Fürsten Bismarck angestrebt werden, beschäftigen die Ministerialreferats vollauf. Ebenso sind im Eisenbahnwesen die Beziehungen zu den Verwaltungen anderer Staaten so complicirt, daß ihre Erledigung ohne eingehende Verhandlungen unmöglich ist. Für beide Fragen ist es von Wichtigkeit, daß sie nicht durch einzelne Entscheidungen präjudicirt werden. Innerhalb der liberalen Parteien ist man auf diese Taktik der Regierung gefaßt und wird bei den Budgetberatungen solche Resolutionen fassen, welche ein einseitiges Vorgehen unmöglich machen.“

Der zweite Abgeordnete schreibt uns: „Aus dem Schreiben des Reichskanzlers geht hervor, daß der Zolltarif und seine Revision nur ein Theil des Systems ist, welches Fürst Bismarck in sehr unbestimmter Weise zu verschiedenen Malen im Reichstage und im Abgeordnetenhaus vorgebracht hat. Wichtiger als die Zollrevision ist ihm die Finanzpolitik und die Eisenbahngesetzgebung, aber seine Finanzpolitik soll ohne Zweifel der Zollrevision und der Tarifrevision direct oder indirect dienen, wie die Frachttarifrevision bei den Eisenbahnen seine Reichseisenbahnpolitik unterstützen soll. Wir stehen damit vor einer so folgenschweren Entwicklung der inneren Politik, wie sie sich in diesem Jahrhundert keine andere Nation zur Aufgabe gestellt hat. Sie ist um so schwieriger, als wir eben einen Föderativstaat haben und keinen Einheitsstaat, wie Frankreich, wo ein Minister die Umwandlung des Eisenbahnwesens mit einer Vorlage an das Parlament und einem Votum desselben herbeiführen kann. So wie der Handelsminister in Frankreich wird Fürst Bismarck trotz seiner Macht nicht vorgeben können. Man wird nicht falsch urtheilen, wenn man den Brief des Fürsten Bismarck an Herrn v. Barnbüler in dem Lichte betrachtet, welches der preussische Handelsminister in seinen Unterhandlungen mit der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn auf das Eisenbahnsystem geworfen hat, das Preußen zunächst verfolgen will. Von Neuem wird dadurch bestätigt, daß die Regierung ein preussisches Staats-Eisenbahn-System herzustellen bemüht ist, um mit diesem Gewicht die Reichseisenbahndirektoren des Reichskanzlers durchzusetzen. Wenn man bedenkt, daß in der nächsten Session des Reichstages und des preussischen Landtages die Revision des Zolltarifs und die Finanzfragen, die Vermehrung der indirecten Reichsteuern, der Ankauf von Privatbahnen, die Regelung der Frachttarife u. d. d. legislatorischen Behandlung unterzogen werden sollen, so ist es fraglich, wie weit man in der kommenden Session mit den Arbeiten gelangen kann. Die Aufgaben sind so gewaltig, daß an die Erledigung in einer Session nicht zu denken ist. Im Landtage wird man schwerlich über die Vorlage hinauskommen, welche den Ankauf einer oder der anderen Privateisenbahn betrifft, im Reichstage jedenfalls nicht über die Feststellung des revidirten Zolltarifs. Die eigentliche Finanzreform, d. h. die Entscheidung über die Frage wegen der Vermehrung der indirecten Steuern im Reiche, von deren Lösung auch alle Steuerfragen in den Einzelstaaten und besonders in Preußen abhängig sind, wird schwerlich vor dem Jahre 1880 erfolgen.“

[Congreßbild.] Der Berliner Magistrat hat sich am Freitag damit einverstanden erklärt, daß Director Professor A. v. Werner für das im Rathhause aufzustellende Congreßbild als Honorar 48,000 Mark zugebilligt wurden. Der Rest der von der Stadtverordneten-Versammlung ausgesetzten 60,000 Mark dient zur Beschaffung des Rahmens u. s. w. Ferner ist Herr v. Werner gestattet worden, das Bild in Berlin, Wien, Paris und London für einen wohlthätigen Zweck auszustellen und in geeigneter Weise durch Photographien zu vervielfältigen. Dasselbe soll indeß nicht copirt werden dürfen und außerdem behält sich der Magistrat vor, eine Anzahl Photographien in einem großen Format, das für andere Photographien nicht gewählt werden darf, herstellen zu lassen. Diese Photographien sind zu Geschenken bestimmt.

[In der Instruction zur Ausführung des Socialistengesetzes.] welche der Minister des Innern erlassen hat, wird eine

besondere Sorgfalt und Umsicht gegenüber den Genossenschaften, Hilfs-lassen u. anempfohlen, damit keine Beunruhigung für diese Gattung von Vereinen entstehe, so lange sie ihrer Bestimmung treu bleiben und Alles vermeiden, was ihren heilsamen Zweck beeinträchtigen könnte. Dagegen sei allerdings dem vielfach bemerkten Versuch zur Förderung socialdemokratischer Bestrebungen derselben entgegen zu treten.

[Marine.] S. M. gedackte Corbette „Elisabeth“, 19 Geschütze, ist am 2. November in Danzig außer Dienst gestellt.

Koblenz, 31. Oct. [Ankunft des Kaisers.] Der „N. A. Z.“ wird von hier geschrieben:

Diesen Nachmittag gegen 5 Uhr langte der Ertrazug hier an, der Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin an die Ufer des Rheines brachte. Der Kaiser war in Mantel und Mütze und begrüßte beim Aussteigen aus dem Waggon den kommandirenden General des 8. Armee-corps, General von Göben, ebenso den Gouverneur von Koblenz, General v. Beyer. Dann verabschiedete sich der Monarch vom Director der Rheinischen Bahn, Geheimen Regierungsrath Rennen, welcher den Zug von Mainz aus geführt hatte. Der Kaiser sah frisch und rüstig aus und bewegte sich in einer Weise, welche die Leidenszeit des vergangenen Sommers dem Beobachter gänzlich vergessen machte. In gleicher Weise begrüßte Ihre Majestät die Kaiserin die hohen Militärbehörden. Der hohe Herr nahm in einem geschlossenen Wagen Platz und fuhr nach dem Schloß, dessen Räume den Kaiser bis zum 9. November zu beherbergen bestimmt sind: die Kaiserin wird bis Anfang December in ihrer Rheinfriedung weilen. Die dem Schloße gegenüberliegenden Höfen des Altertheins und des Ehrenbreitsteins zeigten sich mit einer leichten Schneedecke den hohen Anwesenden. Für einen der nächsten Tage haben Offiziere und Damen der Koblenzer Gesellschaft für Ihre Majestäten eine Abendunterhaltung arrangirt. Im Gobelinsaal des Schloßes hat man eine Bühne aufgeschlagen, auf welcher die beiden Stücke „Im Wartesaal erster Klasse“ und „Der Schimmel“ zur Aufführung kommen.

-ch. Von der sächsischen Grenze, 1. Nov. [Ministerium.

— Nachwehen der Reichstagswahlen. — Socialdemokratisches. — Fabrik- und Dampfkessel-Inspectoren. — Communication. — Vom Impfwange.] Nach der Rückkehr des Kriegsministers von Fabrici ist das sächsische Ministerium seit heute wieder vollzählig, was seit längerer Zeit nicht mehr der Fall gewesen ist. Der Kriegsminister hat den Vorsitz wieder übernommen. — Die Reichstagswahlen in Dresden, bei denen bekanntlich die Nationalliberalen für den Minister von Friesen agitirten, während die Fortschrittspartei für Walter eintrat, hat eine tiefgehende Erbitterung zurückgelassen. Da die nationalliberale Partei in der Stadtverordnetenversammlung die wenn auch geringe Mehrheit hat, so hat sie jetzt von diesem Uebergewicht Gebrauch gemacht, um die Wiederwahl des Professors Dr. Wigard, des alten Vorkämpfers der Fortschrittspartei, in den Stadtrath zu hintertreiben. Trotzdem selbst von conservativer Seite auf die gewissenhafte lange Amtstätigkeit und seine Verdienste um die städtische Verwaltung hingewiesen war, wurde statt seiner der Stadtverordnete Daub mit 30 von 50 Stimmen gewählt. Die Wahl wird die Entfremdung zwischen den liberalen Parteien noch vermehren und schließlich den Conservativen zu Gute kommen, die ihre Freude an dem Zwiespalt im liberalen Lager haben. — Das Verbot der socialdemokratischen Vereine erfolgt Schlag auf Schlag, und in wenigen Tagen dürfte völlig mit ihnen ausgeräumt sein. Die heute veröffentlichten Motive für das Verbot des Arbeiterbildungsvereins in Dresden, des Glasarbeiterbundes und des Vereins für Sattler und Berufsgenossen sind recht ausführlich und gehen auf die bisherige Geschichte der einzelnen Vereine ein. Den Bund der Glasarbeiter Deutschlands hat die Kreishauptmannschaft aufgelöst, obwohl die freiwillige Auflösung desselben in Folge Massenaustritts bereits am 23. October vom Vorstande angemeldet war. Die Behörde begründet das Verbot eines nicht mehr existirenden Vereins damit, daß die Erklärung des Vorstandes erst nach Inkrafttreten des Gesetzes zu ihrer Kenntniß gebracht sei. Ein Leipziger Tapezierer Werner, der gleichzeitig Redacteur von sieben socialdemokratischen Organen in Borna, Plauen, Lausitz u. s. w. war, hat Sachsen verlassen, um den wegen einiger Drogen-Processe ihm drohenden Freiheitsstrafen zu entgehen. — Der Minister des Innern hat neuerdings, veranlaßt durch die Berichte der preussischen Fabrik-Inspectoren, eine Vermehrung der technischen Assistenten der Fabrik-Inspectoren und Dampfkessel-revisoren angeordnet. Er will den Arbeitern damit den Beweis liefern, daß ihm Gesundheit und Sicherheit des Arbeiterstandes sehr am Herzen liegt. — Aus Dresden wird die Communication eines Mitgliedes der evangelischen Frauenkirchenparodie berichtet, welche auf Grund des § 8 der Kirchen- und Synodalordnung an einem Dresdener Bürger vollzogen ist, weil er sein von einer jüdischen Frau geborenes Kind in die jüdische Religionsgemeinschaft hat aufnehmen lassen. Der evangelische Kirchenvorstand hat darin eine Mißachtung und Verleugnung seines christlichen Glaubens gefunden und ihm das active und passive Wahlrecht bei kirchlichen Wahlen entzogen. — Vom Impfwange ist in der sächsischen Localpresse viel die Rede, und auch nach dem Tode Professor Dr. Hermann's läßt die Agitation nicht nach, von der man sich gerade gegenwärtig viel verspricht. Nach einer Mittheilung der „Zitt. Morg.-Ztg.“ soll man im Reichskanzleramt wie in den Ministerien der einzelnen Bundesstaaten sehr eifrig die Frage erörtern, wie die Revision des Impfgesetzes am zweckmäßigsten zu gestalten sei, und voraussichtlich dem nächsten Reichstag bereits Materialien zur Beurtheilung und Vorschläge zu Aenderungen vorlegen. Die Vereine gegen den Impfwang haben gleichfalls ein massenhaftes Material beigebracht und rechnen mit Bestimmtheit auf eine Mehrheit im Reichstage.

München, 31. Octbr. [Gemeindewahlen in Bayern.] Der „Alln. Ztg.“ schreibt man von hier: Wie hier, stehen auch in anderen Städten des Königreichs anläßlich der Gemeindewahlen heftige Kämpfe in Aussicht, namentlich scheint in Regensburg und in Würzburg der politisch-kirchliche Gegensatz in erster Reihe zu stehen, während gerade hier das Absehen von allgemein politischen Unternehmungen fast mit zuiel Abgeschlossenheit betont wird, um einen rechten Glauben daran zu erwecken. Gewiß hat es im Allgemeinen seine Richtigkeit, daß die das Reich und den Einzelstaat durchziehenden Parteilagen das Zusammenwirken in Gemeinde-Angelegenheiten nicht stören sollten; aber um nur Eins hervorzuheben, der ultramontane Standpunkt, wie er von den tonangebenden Organen so wie durch Personen oder Blätter vertreten wird, greift mit seinen auf unbedingte Nothwendigkeit gerichteten Forderungen bezüglich der Schule so tief ein, daß die Gemeinden dadurch unmittelbar berührt werden und eine Nichtberücksichtigung der die politischen Parteien trennenden Ansichten bei den beabsichtigten Wahlen zu einer Fälschung des Resultats führen müßte.

Wie sehr z. B. in Würzburg der allgemein politische Zwist auch den Gemeindegemeinschaft beherrscht, erweist man daraus, daß Demokraten und Ultramontane gemeinsam auf die angeblich national-liberale Mehrheit der bisherigen Staatsvertretung loszuschlagen, wobei der Name National-liberal statt Liberal bloß deshalb gewählt ist, weil man damit die Gegner unpopulärer zu machen glaubt, unangesehen, daß der Bürgermeister der Stadt Würzburg nach dem Urtheil aller seiner Bekannten sich schwerlich zu den Nationalliberalen rechnen würde. In Regensburg scheinen locale Fragen vorwiegend im Spiele zu sein, aber trotzdem bricht auch dort der politische Parteigegensatz durch. Nur hat die liberale reichsfreundliche Gesinnung sich angesichts der mächtigen ultramontanen Gegnerschaft, welcher der ganze Einfluß des Hauses Thiers zur Seite steht, sich den Kuris einer Spaltung in mehr oder wenig entschieden Liberale nicht gestattet. Das Neueste in der hiesigen Wahlbewegung ist, daß der Allgemeine Gewerbeverein das Programm des Vereins für gewerbliche Interessen, jener Vereinigung, welche bei den Reichstagswahlen eine eigenthümliche Sonderstellung einnahm, Wort für Wort, mit Haut und Haar angenommen hat, während die Liberalen sich damit begnügten, einen Hauptpunkt jenes Programms, Vermehrung der bürgerlichen Magistrats- oder Stadträthe, ebenfalls zu betonen, worüber ein Prioritätsstreit in den Parteiblättern entstanden ist. Die Ultramontanen haben officiell noch nichts von sich hören lassen, aber dies scheint die Stille vor dem Sturm zu sein, und da ihre Fährten in die beiden erwähnten Vereinigungen hineinreichen, ist es nicht zweifelhaft, wohin sie ihre Kruppen stellen. Allerdings bildet für den in der Welle gefährten Clericalen die Frage der confessionell gemischten Schulen eine große Schwierigkeit, da die Normen dieser Einrichtung in pädagogischer Beziehung fast allgemein anerkannt sind und zu ihrer Einführung hier streng kirchlich gesinnte Katholiken aller Stände bereitwillig mitgewirkt haben.

München, 1. Novbr. [Die „bayerischen Conservativen“] halten heute in Nürnberg einen Parteitag ab, zu welchem die Einladungen durch Herrn Lembert aus Augsburg ergangen sind. Die Herren werden vermuthlich eine förmliche Parteiorganisation herstellen wollen, mit derselben aber ungeachtet der jetzigen Zeitströmung wohl nicht sehr weit kommen. Der Schwerpunkt aller nichtclericalen und nichtsocialdemokratischen Tendenzen in Baiern ist in diesem Augenblicke ganz offenbar der Nationalliberalismus.

München, 3. Novbr. [Der Erzbischof von Bamberg] ist, von Rom kommend, gestern hier eingetroffen.

Metz, 31. Oct. [Die Restaurations-Arbeiten an der hiesigen Kathedrale,] bekanntlich nach dem Straßburger Münster das hervorragendste kirchliche Bauwerk Elsaß-Lothringens, werden auch im kommenden Jahre eifrig fortgesetzt werden. Bezüglich der Herstellung eines definitiven Daches schweben zur Zeit noch Verhandlungen, eben so über die vom Kaiser während seines Aufenthaltes in Metz angeregte Aufhebung einer Spitze auf den unvollendet gebliebenen sogenannten Capitelsturm. Die 1873 begonnenen und bis jetzt fortgeführten Arbeiten umfassen die Restaurierung der sechs großen Strebebogensysteme auf beiden Seiten des Langhauses zwischen dem Querschiff und den Thürmen, die Herstellung der Blattcapitel und Bafen der sämtlichen Hauptschiffpfeiler und die Erneuerung der krönenden Glieder und Spitzen über der Dachgalerie auf beiden Seiten des Langhauses, in beiden Querschiffen und im Chor, so wie der Gurtbogen, Rippen und Kappen in mehreren Gewölben der Seitenschiffe.

Metz, 1. Nov. [Die lothringischen Gemeindeverwaltungs-Angelegenheiten] kommen nach und nach in einen normalen Zustand. Während und nach dem Kriege gingen zahlreiche lothringische Gemeindevertreter, unter Mitnahme sämtlicher Beläge und Urkunden, nach Frankreich, welche dann später auf diplomatischem Wege reclamirt werden mußten, um Ordnung in das dadurch entstandene Chaos bringen zu können. Das ist nun überall gelungen, so daß die Gemeindeverwaltungen sich ausnahmslos in geordnetem Zustande befinden. Außerordentliche Regierungskommissare fungiren als Bürgermeister (nach Maßgabe des Gesetzes vom 24. Februar 1872) nur noch in Metz und in St. Avold. In ersterer Stadt ist hierin eine Aenderung für die nächste Zeit wohl kaum zu erwarten, zumal die Bevölkerung mit der jetzigen Verwaltung größtentheils zufrieden ist. Die Gemeinderäthe sind überall in Function, nachdem die in der Gemeinde Königsmachern angeordnete Suspension auf ein Jahr ihr Ende erreicht hat.

Schweiz.

Zürich, 30. Octbr. [Die Nationalrathswahlen. — Die eidgenössischen Beamten. — Versammlung der Polytechniker in Genf. — Der Verein für Straf- und Gefängnißwesen. — Zur Gotthard-Subvention. — Das Rastirer-Personal des Herrn Favre. — Aus Tessin. — Aus dem Aargau. — Aus Cham im Canton Zug.] Die Schweizerischen Nationalrathswahlen vom Sonntag sind den deutschen Reichstagswahlen mit dem Storchschabel nachgeschriebe. Das Parteiverhältniß ist zu Gunsten der Conservativen und Ultramontanen merklich verschoben und die immer noch vorhandene liberale Mehrheit muß sich mit bescheidenen Zahlen begnügen. Bisher saßen im Nationalrath etwa 100 Radicale und Liberale und etwa 35 Conservative und Ultramontane. Erstere scheinen 20 Sitze an Letztere verloren zu haben. Genauerer können wir erst nächstes Mal berichten. — Die Zahl der eidgenössischen Beamten (mit Bundesrath, eidgenössischen Räten, Bundesgerichte) beträgt etwa 2000; am Polytechnikum wirken 126, Gesandte und Consuln giebt es 108. — Die Gesellschaft der ehemaligen Polytechniker hat in ihrer Versammlung zu Genf ihre früheren Begehren an den Bundesrath wiederholt, daß in den Schulrath auch Techniker gewählt werden und für den Eintritt in das Polytechnikum eine bessere Vorbereitung verlangt werde. — Der in Lausanne versammelte Schweizerische Verein für Straf- und Gefängnißwesen behandelte hauptsächlich die Frage des besten Cautionsystems für lebenslänglich Verurtheilte und gefährliche Verbrecher. Man hielt besondere Anstalten für notwendig, bedauerte aber die Abschaffung der Todesstrafe, da es Scheusale in Menschengestalt gebe. Ein Straßhaus-Director meinte, man könne sich durch Amputation eines Beines unschädlich machen! Ein anderer machte geltend, daß gerade mit den Hinrichtungen die schweren Verbrecher Schritt halten. — Im Canton Waadt haben bis jetzt etwa 25,000 Bürger (30,000 sind nur nötig) das Referendum gegen die Gotthardsubvention ergriffen. Sollte es wirklich zur Volksabstimmung kommen, so werden die Herren Waadtländer doch der Liebe Müß verlieren, denn die Zürcher machen nicht mehr mit. Am Sonntag haben sie ihre Subvention von 502,000 Fr. mit 30,001 gegen 16,126 Stimmen bewilligt, während sie dieselbe das erste Mal mit 26,440 gegen 22,198 Stimmen ablehnten. — Das ganze aus Franzosen bestehende Rastirerpersonal des Gotthardtunnel-Unternehmens Favre wurde entlassen und der Hauptkassier Burtin wegen Unterschlagungen in Untersuchungshaft genommen; er soll während der sieben Baujahre die armen italienischen Arbeiter um etwa 50,000 Fr. betrogen haben. — Im Canton Tessin ist die Erbitterung zwischen den Liberalen und Ultramontanen auf einen bedenklichen Grad ge-

stiegen, Dank der rückwärtslosen Parteilichkeit der reactionären Regierung und ihrer priesterseligen Verbündeten. Nachdem man alle liberalen Beamten und Lehrer fortgejagt, machte man sich eifrig daran, die gesamte liberale Presse durch Prozesse und die entsprechenden Geld- und Gefängnißstrafen lahm zu legen; der öfter angetretene Beweis der Wahrheit wurde gar nicht zugelassen und die Vertheidigung überhaupt schmächtig verkürzt. Wahrhaft empörend ist nach zweijähriger Verschleppung die Behandlung der Nordgeschichte von Stabio. Dort wurden bekanntlich vier Liberale von Ultramontanen aus dem Hinterhalt erschossen und in Nothwehr tödteten und verwundeten die Liberalen noch einige Gegner. Man hat nun nicht etwa die ultramontanen Mörder, sondern die Liberalen, gerade als wären diese vogelfrei, vor das Schwurgericht gewiesen. Nachdem aber die Vorführer der liberalen Partei und Presse Beschwerde beim Bundesgericht erhoben, ist der Stabio-Proceß verschoben worden, wahrscheinlich auf einen Wink aus Bern. Die tessinischen Nachthaber werden doch wohl das Wort zu kosten bekommen: „allzu scharf macht schartig.“ Eine große liberale Volksversammlung in Menbriso dankte der Schweizerischen Presse für ihre sympathischen Berichte und sprach die Hoffnung aus, daß die Bundesbehörden den unerträglichen Zuständen ein Ende machen würden. — Das ultramontane „Wochenblatt“ in Bremgarten, Canton Aargau, weist nach, wie aus allen aufgehobenen Klöstern zur Strafe für das begangene Unrecht nur Armut und Elend zu den Fenstern herausschaue, und giebt als Vorschlag zur Güte folgenden Culturgebanten zum Besten: „Jeder andere Zweck (Fabrik, Spital etc.) geht in diesen Klosterhallen zu Grunde. Der Aargau könnte deshalb unter gegenwärtigen Verhältnissen nichts Besseres thun, als wenn er jedes Kloster gerade wieder mit so vielen Benedictinern besiedeln ließe, als er aus demselben fortgejagt hat, und wenn er diesen Mönchen sämtliche Bezirksschulen des Cantons sammt dem Lehrerseminar und der Cantonschule übergeben würde. Dann blühte in diesen Anstalten wieder eine ideale (?) und eine gottgläubige christliche Wissenschaft, mit ihr käme Wohlstand und Segen ins Land, es wüchse daraus das Gras wieder besser, und der Canton ersparte sich eine Ausgabe von wenigstens 100,000 Fr.“ Das wäre wirklich die denkbar theuerste Ersparniß. — Die Gemeinde Cham, Canton Zug, hat mit 149 gegen 73 Stimmen den Antrag der Mehrheit des Einwohnerrathes auf Anstellung eines Lehrers an der Mittelschule gutgeheißen gegenüber dem Antrag des Ständerathes Hildebrand auf Berufung von Lehrschwestern. Diese Gemeinde hält offenbar mehr auf weltliche Wissenschaft, als auf fromme Unwissenheit.

Frankreich.

Versailles, 31. Octbr. [Der Senat] beschloß heute auf Antrag des Legitimisten de Lareinty, erst nächsten Montag die Wahl eines Secretärs an die Stelle des verstorbenen Baudier vorzunehmen. Lareinty, schreibt man der „R. Z.“, stellte seinen Antrag, weil die Rechte nicht vollständig anwesend war und deshalb der Candidat, welchen die Linke aufstellte, Aussicht hatte, gewählt zu werden. Vor der Sitzung versammelte sich der Senat in den Abtheilungen, um die Präsidenten derselben zu ernennen. Von neun Präsidenten gehören fünf der republikanischen Partei an. In Folge der Nachrichten über die Wahlen vom Sonntag, die schon jetzt den Republikanern ungefähr eine Mehrheit von 17 bis 18 Stimmen im Senate sichern, war ein großer Theil der reactionären Senatoren sehr entnuthigt. Zu den Gegnern der Veröffentlichung eines Manifestes an die Wähler gehört auch Graf de Merode, Senator des Doubs, der vor der Sitzung meinte: „Es scheint mir nicht möglich, unsere Candidaten zu empfehlen. Die Conservativen sind nicht populär, und wenn es nicht einige örtliche Einflüsse waren, so würde keiner unserer Candidaten durchgehen. Ich glaube deshalb, daß das Manifest, welches die Rechte veröffentlicht will, nicht den geringsten Einfluß ausüben wird.“ In der Versammlung der gesamten Rechten des Senats, welche nach der öffentlichen Sitzung abgehalten wurde, trugen jedoch die, welche den Kampf fortsetzen wollen, den Sieg davon und die Mehrheit derselben billigte das an die Senatorenwähler zu richtende Manifest, das den Herzog Broglie zum Verfasser hat und von den Vorstehern der verschiedenen Senatgruppen (Legitimisten, Bonapartisten und Orleanisten) unterschrieben ist. Dieses Manifest macht im Namen der großen socialen Grundsätze, zu deren Vertheidigung sich die Rechte des Senats aufwirft, einen Aufruf an die Conservativen, indem es zugleich erklärt, daß die republikanischen Staatseinrichtungen keineswegs von den Candidaten der Rechten angefeindet oder in Frage gestellt werden. Die Führer der Reaction stellen sich also ungefähr auf den nämlichen Boden, wie der Marschall de Mac Mahon in seiner Rede vom 21. October, und wollen den Glauben verbreiten, sie seien noch immer eines Sinnes und Herzens mit ihm. Ueber die Interpellationen, welche an die Regierung gestellt werden sollen, wurde ebenfalls berathen, jedoch noch kein endgiltiger Beschluß gefaßt.

[Die Armee und die Jesuiten.] Der Befehl des Kriegsministers, welcher die von einigen Garnisongeistlichen gegründete geheime Gesellschaft „Legion Saint Maurice“ aufhob, welche schon seit längerer Zeit ihr Wesen trieb und aus der französischen Armee ein Werkzeug der Jesuiten machen sollte, genügt den republikanischen Blättern keineswegs. Sie finden es nicht in der Ordnung, daß die Militärbehörden so spät und so schlaf einschreiten und fast um Verzeihung bitten, daß sie es wagen, dem Unfug entgegenzutreten. Die „Republique française“ fordert die Befestigung der Garnisonprediger, welche Werkzeuge der Jesuiten seien. Die Militärbehörden müßten mit aller Strenge vorgehen, wo je Mitglieder der Armee anti-clericale Politik treiben. Der Tagesbefehl des Obersten eines in Montpellier liegenden Regiments gegen einige Unteroffiziere, die einer republikanischen Versammlung angewohnt hatten, ist sehr bezeichnend.

Tagesbefehl vom 26. October. Entfernung der „Adjutants“ Godfrin, Fabier, Laborde, Baudi, Delitat. Die Adjutants Godfrin, Fabier, Laborde, Baudi, Delitat werden auf die Dauer eines Monats aus ihrer Stelle entfernt, weil sie ohne Ermächtigung einer Versammlung angewohnt haben, die einen politischen Charakter hatte, und weil sie in dieser Versammlung gewissen wesentlich politischen Stellen einer Rede, welche die Armee betrafen, Beifall klatschten. In Anwendung des Reglements vom 2. Novbr. 1833 werden diese Unteroffiziere in andere Compagnien versetzt werden, um den Dienst von Sergeanten zu versehen. Der Oberst erinnert bei dieser Gelegenheit daran, daß, um die Mannszucht in der Armee in ihrer ganzen Kraft unterlegt zu erhalten, es unumgänglich notwendig ist, daß ihre Mitglieder den Parteikämpfen gänzlich fremd bleiben. Der Oberst Brunon.

[Louis Antoine Garnier-Pagès.] dessen in diesen Tagen erfolgten Tod der Telegraph schon gemeldet hat, ist fünfundsiebzig Jahre alt geworden. Er war nicht, wie sein Bruder, der weit Bedeutendere, der Feind Guizot's, der scharfe Opponent des juste milieu und des Bürgerthums, er war nicht wie die meisten, die in Frankreich etwas bedeutet haben in der politischen Welt, Advocat, sondern Kaufmann, und als Kaufmann war er von Marseille nach Paris gekommen, wo er Jahre lang als Handelsagent thätig war. Während sein Bruder Etienne in der Kammer das Bürgerthum auf das Heftigste angriff und unbeeugsam die Tendenzen der äußersten Linken verfolgte, wirkte Louis Antoine, der jetzt Verstorbenen, in den Vereinen, in den Banketten, die eine sehr große Rolle in seiner Zeit spielten. In die Kammer kam er erst, als im Jahre 1841 sein älterer Bruder gestorben war. Das Jahr 48 brachte ihn in den reisenden Strudel der politischen Bewegung, und man machte ihn, der bis dahin hauptsächlich nur auf finanziellen Gebiete Opposition gemacht hatte, dessen Gradheiß, Wiederkeit, dessen Lauterkeit allgemein bekannt und geachtet war, zum Maire

von Paris, zum Mitgliede der provisorischen Regierung der jungen Republik. Er wurde dann auch, er, der ehemalige Handelsagent, eben wegen seiner persönlichen Ehrenhaftigkeit, der erste Finanzminister der zweiten französischen Republik. Unmittelbar nachdem Louis Napoleon Präsident geworden war, ließ er sich nicht zum Volksvertreter wiedewählen, zog er sich in das Privatleben zurück, und erst als die Wogen des Kampfes gegen den Imperator hochgingen, erinnerte man sich des alten Kämpfers, des Bruders jenes Garnier-Pagès, der dem „rois bourgeois“ so große Schwierigkeiten bereitet hatte. Man wählte ihn in das corps législatif und Garnier-Pagès gehörte dort zu den „Unberühnlichen“, zu jener Gruppe auf der äußersten Linken, die mit ihm Jules Simon, Jules Favre, Thiers und Gambetta bildeten. Seine Opposition war niemals eine heftige, aber stets energisch, kräftig, verständlich. Er war so populär, daß, als am 4. September das Kaiserreich in Trümmer ging, er ebenso, wie damals, als das Bürgerkönigthum in Scherben fiel, zum Mitgliede der provisorischen Regierung gewählt wurde. Auf dem Stadthause von Paris traten am 4. September die Mitglieder der neuen provisorischen Regierung der Republik zusammen. Unter ihnen befand sich auch neben Rochefort, dem Laternen-Mann, neben Jules Favre, dem Schönredner, neben Gambetta, neben Lesclapart, dem Brigades-General, neben Jules Simon, neben dem Grafen Keratry auch Garnier-Pagès, der Friedens-Apostel, der auf allen Congressen für den Weltfrieden geschwärmt hatte und bei den Demokraten außerordentlich populär war. Auch in Berlin war Garnier-Pagès einmal — im Interesse des „ewigen Friedens.“ Wir glauben, der alte Cremieux begleitete ihn damals und er wurde sehr warm aufgenommen in Berliner liberalen parlamentarischen Kreisen. Mit Löwe-Galbe und mit anderen Parlamentariern hatte er damals allerlei Zusammenkünfte — aber ach, der „ewige Frieden“ wurde um nichts gefördert, im Gegentheil, drei Monate nach Garnier-Pagès Besuch in Berlin brach der deutsch-französische Krieg aus. — In Vorbereitung hat Garnier-Pagès noch mit den übrigen Deputirten getagt und gegen den Friedensschluß gestimmt. Seitdem aber ist er ins Privatleben zurückgetreten, man hörte nichts mehr von ihm, aber sein Name galt in Frankreich heute noch als das, was es stets galt, als der eines braven, ehrlichen, kerkelsten Parteimannes, dessen Ehrenhaftigkeit stets höher gestanden hat, als sein Geist.

Belgien.

Brüssel, 29. Octbr. [Die Gemeinderathswahlen.] Der heutige Wahltag — es galt, sämtliche Gemeinderäthe zur Hälfte zu erneuern — schließt sich würdig dem siegreichen 11. Juni an, als es der liberalen Partei endlich gelang, die Clericalen aufs Haupt zu schlagen und durch den Willen einer mächtigen Majorität des Landes zur Regierung zu gelangen. Der Kampf — schreibt man dem „Frankf. Journ.“ — war heute ein ebenso heißer und allgemeiner wie damals. Clericale und Liberale standen sich überall in den Städten wie in den Dörfern und Weibern in geschlossenen Reihen gegenüber und das Gesamt-Resultat ist ein abermaliger Sieg der freiheitlichen Partei. In vielen Städten, wo die Liberalen am Nuder waren, haben dieselben neuerdings, und häufig mit überwältigender Majorität, ihre Zweifelhüter erhalten. In Antwerpen, Charleroi, Löwen, Mons, Tournai, Ypres, Hasselt, Tongres, Namur sind nur Liberale gewählt. In Brügge ist eine Niederlage der Regierung insofern zu verzeichnen, als die Katholiken, welche bereits im dortigen Gemeinderathe die Majorität besaßen, noch neue Sitze erobert und den Bürgermeister, Herrn Roparel, der gleichzeitig Senator ist, gestürzt haben. Der ehemalige, von der heutigen Regierung abgesetzte Gouverneur West-Flanderns, Herr de Ruzette, ist in Brügge gewählt worden und damit dem Cabinet eine Schlappe beigebracht, die übrigens bei dem Einfluß, den die Jesuiten und das Mönchthum im Allgemeinen in jener immer mehr ihrem Verfall entgegenstehenden Stadt haben, nicht unerwartet kam. In einer der Vorstädte Brüssels haben die Clericalen durch ihr Bündniß mit den Halbclericalen ebenfalls einen nicht unwesentlichen Vortheil errungen.

[Der vor einem Jahre vielgenannte Speculant Philippart] hat sich vor dem Strafgerichte wegen einfachen Bankrotts und zweier Unterschlagungen zum Nachtheile der Del-Quellen zu verantworten. Die eine dieser Unterschlagungen erreicht die Höhe von 7, die andere von 5 Millionen. Die interessanten Verhandlungen werden fünf Sitzungen in Anspruch nehmen. Heute wurde das Zeugen-Verhör fortgesetzt. Sämtliche Zeugen sind dem Angeklagten günstig und suchen dessen Manipulationen zu beschönigen. Höchst interessant war die Aussage eines Herrn Walluts aus Paris, der Aufschlüsse über die Philippart'sche Campagne mit dem Credit Mobilier gab, welche mit einem Verlust von 30—35 Millionen für Letzteren endete. Dieser Zeuge schreibt das Mißlingen des Philippart'schen Projectes der Intervention des Pariser Parquets zu, das durch die Einseitigkeit einer gerichtlichen Untersuchung, die bekanntlich keine weiteren Folgen hatte, dem Credit Philippart's den Todesstoß beibrachte. Der Angeklagte wird factisch als ein Märtyrer dargestellt; der einzige Vorwurf, den ihm die Zeugen machen, ist der, daß er allzu kühn in seinen Unternehmungen gewesen und sie in einer Weise vervielfältigt hätte, daß eine Uebersicht immer schwieriger wurde.

Großbritannien.

A. C. London, 1. Nov. [Gladstone in Aghyl.] Mr. Gladstone führte am letzten Donnerstag den Vorsitz über ein von etwa 4000 Menschen besuchtes öffentliches Meeting in Aghyl, welches anläßlich der Gründung einer liberalen Association in genannter Stadt abgehalten wurde; auf der Plattform befanden sich der Herzog von Westminster, Lord R. Grosvenor und mehrere Parlamentsmitglieder. Nachdem Mr. Gladstone sich über den Zweck der am gleichen Morgen abgehaltenen Conferenz — die Belebung und Organisation der liberalen Partei in der Stadt Aghyl und im ganzen Norden von Wales — ausgesprochen hatte, wurden verschiedene Resolutionen, bezüglich der Mittel und Wege zur Bekämpfung der Politik der gegenwärtigen Regierung angenommen, welche die besten Interessen der Nation gefährde und Mr. Gladstone der Dank der Versammlung ausgesprochen für sein freimüthiges Auftreten gegen die geheime und herrschsüchtige Politik des Premiers. Als Mr. Gladstone sich erhob, um seine Rede zu halten, wurde er von den begeisterten Zurufen der Versammlung unterbrochen; nachdem der Jubel sich gelegt, ergriff der Redner das Wort, um der Versammlung seinen Dank für die ihm bereitete wohlwollende Aufnahme zu sagen. — Auf seinen, am Schluß der vergangenen Session sich abspielenden Streit mit Lord Beaconsfield abgehend, bemerkte er:

„Der Premier erwieß mir damals die Ehre, im Oberhaus die Aufmerksamkeit auf mich zu lenken; ich schlug diese Ehre hoch an. Er brachte im Allgemeinen zwei Beschuldigungen gegen mich vor; erstens, daß ich ihn in der Stadt Oxford eine gefährliche, ja sogar teuflische Persönlichkeit genannt hätte und zweitens, daß ich mich, während eines längeren Zeitraums, an verschiedenen Orten beleidigender Ausdrücke bedient hätte — nicht allein in Bezug auf seine Politik sondern auch auf seinen Charakter. Ich schrieb hierauf an Lord Beaconsfield und bat ihn um Erklärungen; er antwortete unversichtlich und es erwies sich aus seinen Erklärungen, daß das angeführte Schimpfwort gar nicht von mir, sondern von einem Dritten gebraucht worden war. Bezüglich der andern Punkte versprach mir der Premier die eingehendsten Recherchen anstellen zu lassen; allein seit dem sind drei Monate vorüber gegangen, ohne daß mir die zugesicherte Auskunft zu Theil geworden war. Bezüglich der Resolutionen dieser Versammlung habe ich zu bemerken, daß auch ich mich gegen die Politik des Premiers stemme und dieselbe zu Fall zu bringen suche, jedoch für den Augenblick nicht in der Lage bin, irgend einen Unterschied zwischen ihm und seinen Kollegen zu machen. Ich würde es für eine Ungerechtigkeit halten, dies zu thun und so die ganze Verantwortung auf ihn ganz allein zu werfen, wo doch jeder seinen Schuldtheil zu tragen hat. Möglicherweise ist es sein Geist, welcher sie regiert und jede andere Meinung sich unterwirft; allein ich weiß hierüber nichts Bestimmtes und halte Ihrer Majestät Regierung für das verantwortlich, was jetzt geschieht. Die Minister haben bis jetzt freien Spielraum gehabt. Allein nicht erst seit Schluß der Session, auch früher, ja während der ganzen Verhandlungen bezüglich der orientalischen Frage, ist es das

Bestreben der liberalen Partei gewesen, die Regierung nicht in ernsthafte Verlegenheiten zu bringen. Welchen Dank haben wir dafür verdient? Als die Berliner Protokolle veröffentlicht wurden, zeigte es sich, daß der Vertreter Graf Rattensiano nicht für die Freiheit, sondern gegen dieselbe gestimmt, nicht für die Befreiung unterdrückter Völker, sondern für Niederhaltung derselben sich ausgesprochen hatte. Eine gleich angenehme Uebersetzung bildete die anglo-türkische Convention, welche England für die Regierung und die Zustände in Klein-Asien verantwortlich macht. Lord Hartington brachte die Frage vor das Parlament und die liberale Partei fügt sich abermals, nachdem das Haus sich zu Gunsten der Regierung ausgesprochen hatte. Als Dank dafür rüht man uns jetzt die „afghanische Frage“ auf. Als die liberale Partei an's Ruder kam, lag die englische Politik in Indien in den Händen eines gerechten und klugen Mannes — Lord Mayo's — welcher den höchsten Anforderungen an einen Vizekönig entsprach. Drei oder vier Monate später wählte Schir Ali mit seinem Lieblingsjohne einer Fürstenversammlung in Umballa bei. Der Vizekönig übergab ihm bei dieser Gelegenheit einen Ehrenfabel, um denselben gegen seine Feinde zu benutzen. Schir Ali antwortete, daß er den Fabel stets gegen alle Feinde der Königin von England gebrauchen wolle. So stand es um unsere Grenzen, als wir die Regierung niederlegten. Heute schlägt uns die Regierung die gewaltsame Unterwerfung von 4 Millionen der wildesten, unbesitzthümlichen und vielleicht treulossten, aber sehr auch tapfersten und kriegerischsten Hochländer vor. Ich weiß, daß die Ehre und Interessen Englands vertheidigt werden müssen, wenn sie gefährdet sind; allein es muß dies in Uebereinstimmung mit den Prinzipien der Gerechtigkeit geschehen. Das englische Volk muß sich nicht nehmen, um zu entscheiden, ob es sich für die Abenteuer-Politik hunderttausender Köpfe allen Ernstes entscheiden kann oder nicht: Entscheidet es sich dafür, so wird es auch dafür zu zahlen haben. Ich will mich über die Frage nicht definitiv äußern, da man uns abzüglich im Dunkeln läßt. Die Regierung verlangt das Vertrauen des Landes; das heißt viel, das heißt allzuviel verlangen. Lord Lawrence hat hervorgehoben, daß der Emir ein Recht habe, sich über England zu beklagen. Man sagt uns, daß wir eines britischen Gesandten in Afghanistan bedürfen; ich will darüber kein Urtheil fällen, aber wohl darauf hinweisen, daß wir im gegenwärtigen Augenblicke durch einen eingeborenen Emir eine der schwierigsten, delicatesten und vertrauensvollen Angelegenheiten verhandeln lassen. Ich weiß nicht, welche Rolle England bei diesen Verwicklungen beizumessen ist, allein ich fürchte, daß, wenn wir ein gewisses Frage- und Antwortspiel mit Rußland beginnen wollten, die russische Regierung uns gar manche unliebsame Frage zu stellen hätte. Vielleicht dürfte Rußland uns auch antworten: „So lange ihre meine Freunde waret, war ich auch der eure.“ Rußland hatte mit der früheren Regierung Abkommen getroffen und sie hat dieser Regierung auch gehalten. Die engl.-russ. Beziehungen unter dem früheren Cabinet waren ganz anderer Art als sie es heute sind. Wenn der Empfang eines russischen Gesandten in Kabul eine Beleidigung Englands einschließt, so ist Rußland, nicht der Emir der Beleidiger. Warum greift das von Ritterslichkeit bis zum Verstand aufgeklärte Cabinet nicht Rußland an? Es findet es bequemer den Emir zu beschuldigen. Besonders aber beklage ich das Schweigen der Regierung, die uns gänzlich im Dunkeln läßt. Das entspricht ganz den Gewohnheiten dieser Regierung; so lange es an zuverlässigen Berichten fehlt, kann man die gefälschten desto eher an den Mann bringen. Man hat in jüngster Zeit wieder falsche Berichte dazu verwendet, das Land in eine kriegerische Stimmung zu versetzen. Vor einigen Wochen erzählte man uns, daß der Emir unseren Abgesandten tödtlich beleidigt habe. Die Regierungsorgane meldeten dieses, um den Krieg gegen Afghanistan predigen zu können. „Jetzt ist die Zeit gekommen, um die Angelegenheit ganz ins Reine zu bringen“, äußerte sich eines dieser Blätter auf Grund dieser gefälschten Nachricht. Rußland ist an Allem schuldig, hieß es ferner, und es ist gut, daß es so gekommen. In ein paar Wochen wird Alles geklärt sein und die englische Macht in um so hellerem Lichte scheinen. Ganz die gleichen Ereignisse spielten sich aber vor dem Kriege zwischen Frankreich und Deutschland im Jahre 1870 ab. Die Franzosen wurden in diesen verderblichen Krieg durch einen ähnlichen gefälschten Bericht über eine Beleidigung ihres Vorkämpfers hineingezogen. Wir können uns daher nur darüber freuen, daß die Regierung sich entschlossen hat, die Sache ruhiger zu überlegen. Als unsere Bevollmächtigten aus Berlin zurückkehrten, erklärten sie die Ehre gerettet, die Ruhe wiederhergestellt und ein dauerndes Arrangement gesichert zu haben. Sie hatten die Zusage, den Berliner Vertrag mit dem Pariser Vertrag zu vergleichen, der uns seitdem den Frieden gesichert hatte. Der Berliner Vertrag hat sich aber nicht für einen einzigen Tag bewährt. Die Türkei befindet sich in einem größeren Wirrwarr denn je zuvor. Nicht eine einzige Provinz der Türkei genießt der Ruhe. (Hiermit enden die Berichte der Morgenzeitungen.)

Provincial-Beitung.

Breslau, 4. Nov. [Carl Flemming f.] Am Abend des ersten Novembers ist in Groß-Glogau der Verlags-Buchhändler Carl Flemming im 72. Lebensjahre gestorben.

[Die Festigungs-Urkunde] des Herrn v. Jordanbed zum Ober-Bürgermeister von Berlin ist, wie das „Deutsche Montagsbl.“ meldet, unter dem 25. October durch den Kronprinzen im Auftrage des Kaisers vollzogen worden. Wir hören, daß man gerade in Stadtverordnetenkreisen darauf besteht, Herr v. Jordanbed möge nicht nur sein Reichstagsmandat, sondern auch das Präsidium des Reichstags beibehalten, da er gerade in dieser hervorragenden Stellung der Commune Berlin wesentliche Dienste zu leisten im Stande sein wird.

[Einbruch.] In der Nacht vom Freitag zu Sonnabend wurde in dem Comptoir der Fabrik in Firma S. Sommer der daselbst befindliche eiserne Geldschrank erbrochen. Die obere Decke, die aus starken Eisenplatten besteht und doppelten Boden hat, war vermittelst eines Meißels eingeschlagen; zum Glück konnte nur aus dem Vorreseile eine kleine Summe Coupons, sowie ferner einige Rollen Silber- und Kupfergeld entwendet worden, während der andere Kassenbestand von den Dieben nicht erreicht werden konnte, da derselbe unter dem Trachor lag. Der ungefähre Schaden beläuft sich auf ca. 200 Thlr. Die Coupons werden theilweise mit verschiedenen Namen versehen und dürfte sich vielleicht hierbei ein Anhalt zur Entdeckung der Diebe finden lassen.

Sprottau, 1. Novbr. [Zur Tageschronik.] Vorgestern begann der Gewerbeverein seine Thätigkeit für das Winter-Semester. Zunächst erstattete Herr Bauinspector Fabian als derzeitiger Vorsitzender einen Bericht über die im verfloßenen Winterabjahre stattgefundenen Sitzungen. In 11 Zusammenkünften waren nicht bloß viele längere Vorträge gehalten worden, sondern auch eine größere Anzahl gewerblicher Fragen hatten nach sehr eingehender Besprechung ihre Beantwortung und Erledigung gefunden. 3 Mitglieder verlor der Verein durch den Tod, die Herren Stadthalter Kieß, Wilhelm und Kaufmann Gierde. Ihr Andenken ehren die Anwesenden durch Erheben von den Sigen. 8 Mitglieder schieden wegen Ortsveränderung aus. Dafür traten im Laufe des Jahres 20 neue Mitglieder dem Vereine bei, so daß die Zahl der Mitglieder jetzt 175 beträgt. Die Jahres-Einnahme betrug incl. des vorjährigen Kassenbestandes 402,73 M., die Ausgabe 385,65 M., so daß noch ein Bestand von 17,8 M. verbleibt. Dem Schatzmeister Herrn Rector Goldbach wurde Decharge erteilt. Als Mitglieder des Vorstandes wurden erwählt die Herren: Bauinspector Fabian, Sanitätsrath Dr. Wolff, Superintendent Winter, Apotheker Schneider, Pastor Offenberger, Rector Goldbach, Rechtsanwalt Friedmann, Lehrer Lindner, Schmiedemeister Ruff und Wagenbauer Lehmann. Zum Schluß der Sitzung stellte Herr Dr. Wolff noch folgenden Antrag: Im Vereinslokal ist eine Sammelkassette aufzustellen, in welche Seitens der Vereinsmitglieder Geldspenden der beliebigen Höhe eingelegt werden können und am Jahresschlusse die angelassenen Gelder unter ständige Schüler der Handwerker-Lehrhings-Fortschrittsschule zu vertheilen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. — Nachdem es vergangenem Mittwoch den ganzen Tag hindurch anhaltend geregnet hat, fiel Abends der erste Schnee in diesem Winter. Am anderen Morgen waren die Dächer mit einer ziemlich dicken Schneelage bedeckt. Vergangene Nacht hat es schon ziemlich stark gefroren. — Auf den gestrigen Wochenmarkt wurde sehr viel Kraut zum Verkaufe gebracht. Trotz der sehr großen zum Verkaufe angebotenen Quantität befiel das Kraut einen hohen Preis. Das Schod Kraut kostete 1,80 M. und 2 M. — Heute beendet die Väter'sche Schauspieler-Gesellschaft ihr hiesiges Gastspiel mit dem Lustspiel „Rosa Dominos.“ Von hier zieht dieselbe nach Mülhausen über.

Edenbergr, 31. Oct. [Conferenz.] Unter Vorsitz des Kreis-Schulinspectors, Herrn Grzypriester Herden aus Reifeldorf, fand gestern die diesjährige Konferenz der kath. Lehrer des hiesigen, unteren Kreises statt, an welchen 3 Localpredikanten und 16 Lehrer theilnahmen. Herr Lehrer Langer von hier hielt mit den Schülern seiner Klasse eine Lehrprobe. Nach vorangegangener Begrüßung seitens des Vorsitzenden und eines kurzen Rückblicks auf das vergangene Schuljahr und die bei der Subrevision gemachten Erfahrungen und Beobachtungen, verlas derselbe mehrere Verfügungen der Aufsichtsbehörde und zum Schluß die vom Herrn Kantor Dph-Schmott-

jeffen gelieferte Conferenzarbeit über das von der Regierung zu Beginn gegebene Thema: „Wie hat man beim Lesen zu verfahren, damit die Schüler richtig auffassen und verstehen, dem entsprechend fertig lesen und das Gelesene wiedergeben und in der Hauptsache behalten lernen?“ woran sich eine lebhafteste Debatte knüpfte. — Mit großem Interesse wurde von der Versammlung die Mittheilung vernommen, daß die gesammten katholischen Schulen des Kreises von nun an unter nur einem Schulinspectorate stehen werden. — Mittags 1 Uhr vereinigten sich Lehrer und Geistliche zu einem einfachen Mittagbrot in Glöck's Gasthof.

Schmiedberg, 2. Nov. [Witterung im Monat October.] Theater.] Die Witterung im Monat October war größtentheils noch so mild und zu Vergnügungen verlockend, daß die Kasse noch vielfach und an einzelnen Tagen zahlreich besucht wurde, wiewohl der Koppewirth Pohl schon im Monat September sein hohes Hospiz verlassen hat und die Bewirthung dem Koppewächter und dessen Frau übertragen. Als am 2ten October der Morgen nebel sich hob, sah man für diesen Herbst das erste Mal das Gebirge bis Wang herunter mit Schnee bedeckt allmählich, schwand der Schnee und das schönste Wetter griff Platz. Vom 15. bis 19. hatten wir starke Morgennebel und am 22. den wärmsten Tag des Monats mit einer Tages-Durchschnittstemperatur von 12° N., worauf die folgende Nacht ein Gewitter folgte mit nachlässigen Sturmwinden vom 24.—27. Am 28ten October ging der Morgenregen in Schnee über, der heute noch Berg und Thal bedeckt. Der durchschnittliche Barometerstand war 318,45°, der durchschnittliche Thermometerstand 7,60° N., Regen 7,96. Die Kasse war 10 Tage ganz frei, 13 Tage bedeckt und 8 Tage theilweise bedeckt. — Nachdem die Wintervergütungen durch zahlreiche Kirneisen eingeleitet worden, eröffnete den Reigen der Turnvereine, welcher den 27. October „Die Wieder des Musikanten“ auf dem Theater recht brav einem gut besetzten Hause vorführte.

Bernstadt, 31. October. [Aus der Stadtverordneten-Sitzung.] — Gefangenen.] In der gestern stattgefundenen Stadtverordneten-Sitzung wurden die Herren Heinrich Köppl und Ruch als Rathmänner wieder- und Herr Hauptmann Elsner von Cronow als Rathmann neu gewählt. — Heute Abend wurde hier ein neuer Verein unter dem Namen „Gemüthlicher Gefangenenverein“ ins Leben gerufen. Der Vorstand besteht aus 5 Personen, nämlich dem Vorsitzenden und Dirigenten Kantor August, dessen Stellvertreter Organist Wiedemann, dem Kassirer Bezirksfeldwebel Schröder und 2 Damen Fräulein Selwig und Fräulein Schwinge. Zweck des Vereins ist die Bedienung und Pflege des musikalischen Lebens in Bernstadt und Umgegend. Jedes active Mitglied zahlt monatlich 25 Pf. Beitrag, jedes inactive 50 Pf. Vorläufig gehören 33 Personen dem Verein an.

Rosenberg DS., 2. Novbr. [Haupt-Lehrer-Conferenz.] Am 30. October fand unter dem Vorsitz des Kreis-Schulinspectors Herrn Faust die diesjährige Haupt-Lehrer-Conferenz des Schulinspectorsbezirks Rosenberg statt. Fast alle Lehrer des Bezirks waren erschienen. Herr Regierungs- und Schulrath Prange aus Oppeln war als Commissarius der Regierung anwesend. Auch nahmen auf derselben Theil der Landrath Graf d'Haussonville, einige Localschulinspectoren, die Lehrer des hiesigen Seminars und der Präparandenanstalt. Der Vorsitzende gab eine statistische Uebersicht über die Schulen des Bezirks, woraus wir nur hervorheben, daß derselbe circa 10,000 Schulkinder zählt, daß viele Klassen überfüllt, viele Lehrertellen zur Zeit unbesetzt sind und deshalb die Schulen noch lange nicht auf dem Standpunkte stehen, um den „Allgemeinen Bestimmungen“ vom 15. October 1872 zu genügen. Derselbe erkennt an, daß die Mehrzahl der Lehrer bestrebt ist, den Anforderungen nach Möglichkeit zu genügen, und daß ein guter Geist unter den Lehrern waltet. Auch gab Herr Schul-Inspector Faust Rathschläge zur besseren Ertheilung des Unterrichts in den einzelnen Lehrgegenständen. Herr Schulrath Prange griff überall ein und ertheilte aus dem reichen Schatze seiner Erfahrungen den Lehrern recht praktische Winke zur Erreichung des jeder Schule vorgestetzten Zieles. Er tabelte die Stellenjäger der jüngeren Lehrer und ermahnte dieselben, ihren Beruf von der idealen Seite aufzufassen, dem Studium mehr obzuliegen, damit sie den Anforderungen genügen, welche bei der zweiten Prüfung an sie gestellt werden, zumal in jüngerer Zeit viele Lehrer diese Prüfung nicht bestanden und zurückgewiesen werden mußten. — Nach einer halbstündigen Pause wurde zum zweiten Theil der Tagesordnung übergegangen. Lehrer Philipp-Rothschamowitz las sein Referat über das ConferenztHEMA vor: „Die Behandlung der Feststoffe des Volksschullebendes für die Zwecke der Sach-, Sprach- und Denkbildung der Kinder.“ Das Referat hatte Lehrer Galler-Jaschine übernommen. Hieran knüpfte sich eine lebhafteste Debatte, wobei namentlich festgestellt wurde, daß ein Unterschied zu machen sei in Behandlung voelischer und proaischer Feststoffe, und daß die Sprachbildung der Kinder nicht gefördert werde durch die Grammatik allein. — Die Kreislehrer-Bibliothek umfaßt gegenwärtig 211 Bände und enthält schätzbare pädagogische und wissenschaftliche Werke. — Zum Schluß stimmte die Versammlung begeistert ein in das dreimalige „Hoch“ auf Se. Majestät den Kaiser.

S. 11. Babitz, 2. Novbr. [Ein explodirender Brief.] Der Briefträger für den Bezirk Hochberg-Donnersmarktthief übergab heute früh einen an den Waagemeister Pelta adressirten Brief in dessen Abwesenheit seiner Ehefrau. Bei der sofortigen Oeffnung des übrigens ganz dünnen Briefes explodirte derselbe und wurde der bedauernswerthen Frau nicht nur das ganze Gesicht verbrannt, sondern auch beide Hände schwer verletzt. Jedemfalls ist hier irgend ein Nachsetz gegen den Waagemeister geplant gewesen, dem auf diese Art die Frau desselben zum Opfer fiel. Die Untersuchung wird hoffentlich Licht in dieser Sache bringen. — Heute Nacht hatten wir den ersten Frost und jetzt schwachen Schneefall.

—1. Mieß, 2. Novbr. [Wetter.] Gestern gegen Abend trat ein rapider Witterungswechsel ein; nachdem es Nachmittags ein wenig geregnet, erob sich plötzlich ein heftiger Nordwest, begleitet von etnem starken Schneegestöber. In einer halben Stunde war die Winterlandschaft fertig, die sich heute bei starkem Frost im schönsten Gewande präsentirte.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 3. Novbr. Fürst Bismarck ist um 9 Uhr Abends hier eingetroffen.

Köln, 3. Nov. Der „Köln. Ztg.“ wird aus London gemeldet, die Verhandlungen zwischen England und Portugal wegen Abtretung der Delagoa-Bai seien zum Abschluß gelangt. England zahle an Portugal 600,000 Pfd. Sterl. Es solle sofort eine Eisenbahn von der Bai nach Transvaal angelegt werden.

Peß, 2. Nov. Unterhaus. Weitere Meldung. Bei der Vorlegung des Berliner Vertrages wandte sich der Ministerpräsident Tisza gegen die Behauptung, daß der Berliner Vertrag die Occupation Bosniens von einer vorgängigen Convention abhängig mache. Der Ministerpräsident erklärte nochmals, daß er für die von der Regierung befolgte Politik die Verantwortung übernehme. Der Minister des Auswärtigen sei aber nur den Delegationen verantwortlich. Internationalen Verträge, welche durch die berechtigten Factoren zu Stande gekommen seien, könnten nicht von der Legislative eines Staates angefochten werden, ohne daß dadurch die Basis des gesammten internationalen Rechtes erschüttert werde. Tisza stellte auf das Bestimmteste die Existenz einer in Reichsstadt getroffenen Abmachung in Abrede. — Der Antrag des Ministerpräsidenten, die Wahl der Delegation am Dienstag vorzunehmen, wurde angenommen.

Rom, 2. Nov. Der Finanzminister hat Elena und Aterio mit definitiven Instructionen für den mit Oesterreich abzuschließenden Handelsvertrag versehen. Dieselben begeben sich heute Abend wieder nach Wien.

Madrid, 3. Nov. Die Proceßacten des Attentäters Morasi sind seit gestern Abend in den Händen des Staatsanwalts, welcher innerhalb 24 Stunden die Anklage erheben soll. Auf Verlangen des Vertheidigers Morasi's ordnete das Gericht die telegraphische Untersuchung bezüglich der Behauptung des Attentäters an, er sei 3 Monate im Irrenhause in Barcelona gewesen. Der Bericht der Aerzte, welche den Geisteszustand des Attentäters drei Tage lang beobachteten, constatirten, es sei kein Symptom von Monomanie vorhanden.

Konstantinopel, 2. Nov. Die türkische Regierung hat bestimmt, daß die Kaimes bei den Steuerzahlungen zum Course von 280 per

Libre anzunehmen sind. — Die Pforte hat neuerdings an den russischen Botschafter, Fürsten Lobanoff, eine Mittheilung in Betreff der von den Bulgaren begangenen Excesse gerichtet.

Bukarest, 2. Novbr. Der Minister des öffentlichen Unterrichts, Schipou, hat seine Demission gegeben.

Bombay, 3. Nov. Das Journal „Pioneer“ meldet authentisch, das Ultimatum an Schir Ali fordere eine Antwort bis zum 20. November, widrigenfalls die Engländer in Afghanistan einrücken würden.

(Aus Hirsch' telegraphischem Bureau.)

London, 2. Novbr. Lord Lytton's Verzicht auf die Verlegung seiner Residenz nach Lahore gilt hier als definitive Entscheidung für das Vorsehieben jeder Action bis zum Frühjahr. Der Vizekönig geht nach Kalkutta zurück. Es geschieht dies auf specielle Weisung des hiesigen Cabinets, welches die Regelung des centralasiatischen resp. afghanischen Conflicts ganz in die Hände genommen hat. Militärische Autoritäten der Umgebung Lord Lytton's hatten diesem schon früher abgerathen, den Emir Schir Ali herauszufordern; denselben Autoritäten ist es auch gelungen, die militärische Situation als nicht geeignet für den sofortigen Krieg darzustellen.

London, 2. Novbr. Lord Lytton's allurisches Vorgehen in der afghanistischen Frage soll gelegentlich des Ministerraths harten Tadel erfahren haben. Die militärischen Berichte von der indischen Grenze stimmen darin überein, daß keine Aussicht vorhanden sei, einen energischen und erfolgreichen Vorstoß in das Gebiet des Emirs mit den jetzt vorhandenen Kräften zu machen. Namentlich fehlt es an leichter, in den Gebirgsgegenden zu verwendender Artillerie und an gesicherten Stappenstraßen im Falle eines Vormarsches.

London, 2. Novbr. General McDougall, welcher sich nach Canada eingeschifft hat, wird daselbst eine Anzahl Regimenter für den activen Dienst in Europa formiren. Die canadische Regierung hat schon vor längerer Zeit sich bereit erklärt, im Kriegsfall der englischen Militärbehörde einige Regimenter zur Verfügung zu stellen.

London, 2. Novbr. In Bezug auf den letzten Cabinetrath verlautet, daß beschlossen sei, bei den einzelnen Signatarmächten des Berliner Vertrages Schritte zu thun, damit diese, jede für sich — also kein Collectivschritt — sowohl in Petersburg als in Konstantinopel wegen Durchführung der Friedensbestimmungen vorstellig werden.

Konstantinopel, 2. Novbr. Die Erbauung der Eisenbahn nach Bagdad ist einer englischen Gesellschaft übertragen worden, deren Concession auf 99 Jahre lautet. — Die Banden bewaffneter Bulgaren, welche sich zwischen Sofia und Kustendil gebildet haben und in letzter Zeit im Norden Macedoniens Räuereien und Verwüstungen verübten, werden auf circa 5000 Mann geschätzt.

Telegraphische Privat-Depeschen der Breslauer Zeitung.

Posen, 4. Nov. In vergangener Nacht ist die hiesige große Cigarrenfabrik von S. Krause abgebrannt. 100 Arbeiter und Arbeiterinnen sind dadurch brodtlos.

C. Wien, 1. Novbr.* [Börse-Wochenbericht.] Ein Blick auf die unten angeführte vergleichende Courstabelle lehrt, daß unser Effectenmarkt seit drei Wochen im Allgemeinen sehr bedeutende Verluste erlitten hat, daß aber diese Verluste die ungarischen Papiere in noch weitaus größerem Maße trafen, als die Papiere österreichischer Provenienz. Wir haben wahrlich keine Ursache, uns dieser Differenz zu freuen, denn abgesehen davon, daß auch unsererseits die Verluste empfindlich genug sind, haben uns eben die Vorgänge der letzten Wochen an die leider unlagbare Solidarität der österreichisch-ungarischen Creditverhältnisse schmerzlich genug gemahnt. Man glaubt sich hier informiert, daß die ungarische Regierung neuerdings große Anstrengungen gemacht hat, das Geld, dessen sie zur Fortsetzung der Occupationspolitik bedarf, unter was immer für Bedingungen zu beschaffen, daß aber alle Bemühungen scheiterten, weil allseitig die Bedingung einer österreichischen Collectiv-Verpflichtung gestellt wurde, eine Bedingung, welche unerfüllbar erscheint, so lange nicht das Mittel gefunden ist, den bestigen Widerstand unseres Parlaments gegen die äußere Politik des Grafen Andrássy und gegen die Idee einer gemeinsamen Anleihe Oesterreich-Ungarns zu brechen. Der Sturz der ungarischen Papiere, insbesondere der ungarischen Goldrente, welche sich nun schon mit 9 pSt. Zinsen kalkultirt, beruht auf der Kenntniß der Börse von der Erfolglosigkeit der ungarischen Darlehensbewerbungen; aber der Gedanke, daß Oesterreich gezwungen sein wird, sich vor die Presse zu stellen, hat in finanziellen Kreisen so tief Wurzeln geschlagen, daß man ungeachtet der parlamentarischen Opposition mit einer gemeinsamen Anleihe als mit einem unausweichlichen Uebel rechnet und daraufhin auch schon unseren Credit entsprechend tiefer tarirt. Minister Depretis, welcher sich als kein Gegner der gemeinsamen Anleihe erklärte, gleichzeitig aber die Unterstützung der äußeren Politik Andrássy's in sein Programm aufnahm, wäre sicher, wenn seine Mission nicht schon aus anderen Ursachen gescheitert wäre, diesem inneren Widerstande erlegen. Wer den Zweck will, muß auch die Mittel wollen. Wir führen Großmacht's Politik auf Grund unserer politischen Verbindung mit einem finanziell ruinirten Staate. Daraus folgt mit unerbittlicher Logik, daß wir die fehlende Kraft unseres Partners mit unserer eigenen suppliren oder — die Unausführbarkeit unserer politischen Ideen erkennen und zugeben müssen. Letzteres wollen wir nicht. Es ist zweifellos, daß die Politik des Grafen Andrássy, welche uns nach Bosnien geführt hat und in ihren Consequenzen zur activen Theilnahme an allen aus der orientalischen Frage entspringenden Differenzen führen muß, höchsten Orts gebilligt wird und daß die Ziele der Reichsregierung dahin gehen, die Durchführung dieser Politik zu erzipen. Das cisleithanische Parlament opponirt dem, indem es in seinem Budgetauschusse die Regierungs-Vorlage, betreffend die neueste Goldrenten-Emission, bis zur Vorlage des Berliner Tractats verschleppt, und sich ansieht, die äußere Politik in einer scharf accentuirten Uebersse an die Krone zu kritisiren. In officiellen Kreisen schmeichelt man sich mit der Hoffnung, über diesen Widerstand hinwegschreiten zu können, da es auf Grund unserer Verfassung möglich ist, die Bewilligung der Heeres-Auslagen selbst gegen den Willen der Majorität des Parlaments auf formell unanfechtbare Weise zu erlangen. Dafür hat die Zusammenkunft der für gemeinsame Angelegenheiten competenten Delegationen gezeigt; denn die Wahl in diese Körperschaft muß nach Ländergruppen erfolgen und die Allianz der aus den slavischen Ländern Gewählten mit den Delegirten des Herrenhauses verschafft der Regierung in den Delegationen eine Majorität, welche sie in dem Abgeordnetenhaus allerdings nicht zu erlangen vermag. Es fragt sich nur, ob sich die Stimme des Abgeordnetenhauses nicht deutlich genug vernehmen lassen wird, um dem obersten Träger der Staatsgewalt die Fortsetzung der Andrássy'schen Politik als bedenklich erscheinen zu lassen; es wird daher sehr viel auf den Gang der Abrede abhingen ankommen und diese letztere wird nach allen Informationen mit großer Heftigkeit geführt werden, schon aus dem Grunde, weil viele der einflussreichsten Abgeordneten sich vom Grafen Andrássy bündig wählen und dem Grolle über die allerdings nicht sehr constitutionelle Methode dieses Staatsmanns um jeden Preis einen möglichst kräftigen Ausdruck geben wollen.

	10. Oct.	25. Oct.	30. Oct.	
Papierrente	61,05	60,70	60%	-1,05%
Silberrente	62,70	62,25	61,90	-0,80%
Oesterr. Goldrente ..	71,75	71,10	70,20	-1,55%
Ungar. Goldrente ..	83,80	81,80	80,20	-3,60%
Ungar. Schatzbons ..	111,75	110,75	109	-2,75%
1860er Staatsloose ..	110,75	111,50	111,75	+1%
1864er dito	139,75	140,50	140	+0,25%
Ungarische dito	77,50	79	78,75	+1,25%
Wiener Communalloose	89,25	88,50	87,50	-1,75%
Creditactien	226 1/2	223	219 1/2	-6%
Ungar. Creditbank ..	207 1/4	206	201 1/2	-5 1/2%
Anglo-Bank	102	99 1/4	95 1/2	-6%
Nationalbank	782	788	780	-2%
Compagniesactien ..	489	488	482	-7%
Dampfschiffe	560	558	553	-7%
Galizier	230 1/2	231 1/2	230 1/2	-1 1/2%
Franzosen	255	253	252	-3%
Lombarden	69 1/2	66	62	-7 1/2%
Elisabethbahn	159	158 1/4	155 1/2	-3 1/2%

	10. Oct.	25. Oct.	30. Oct.	
Thessalonien	189	185	183 1/2	-5 1/2
Deut. Nordwestbahn	111	108 1/2	105	-6
Ing. Nordostbahn	113	112 1/2	108	-5
Alfredbahn	116	116	112 1/2	-3 1/2
Frankf. Nordostbahn	128 1/2	127 1/2	126	-2 1/2
Deutsche London	117,10	117,55	117,45	+0,35 %
Napoleonstab.	9,36	9,41	9,42	+0,75 %
Silber	Paris	Paris	Paris	+0.

Berliner Börse vom 2. November 1878.

Fonds- und Geld-Course.		Wechsel-Course.	
Deutsche Reichs-Anl.	4 1/2 95,10 bz	Amsterdam 100 Fl.	8 T 1/2 169,10 bz
Consolidirte Anleihe	4 1/2 94,50 bz	do.	2 M 1/2 167,95 G
do. do. 1876	4 1/2 94,50 bz	London 100 Lstr.	3 M 1/2 20,24 bz
Staats-Anleihe	4 1/2 92,25 bz	Paris 100 Frs.	8 T 3 81,05 bz
Staats-Schuldenschein	3 1/2 145,00 bz	Petersburg 100 SR.	3 M 1/2 199,80 bz
Präm.-Anleihe v. 1835	3 1/2 102,00 bz	Warschau 100 SR.	8 T 6 201,10 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4 1/2 101,60 bz	Wien 100 Fl.	8 T 1/2 111,80 bz
Berliner Hyp.-Anl.	4 1/2 84,50 B	do. do.	2 M 1/2 170,50 bz
Pommersche	4 1/2 95,00 B		
do. do.	4 1/2 102,99 bzB		
do. do. Lndsch. Crd.	4 1/2 94,60 bz		
Posensche neue	4 1/2 85,50 B		
Schlesische	4 1/2 94,50 bz		
Landchaft. Central	4 1/2 95,25 bz		
Kur. u. Neumark.	4 1/2 95,00 bz		
Pommersche	4 1/2 95,00 G		
Posensche	4 1/2 95,00 G		
Preussische	4 1/2 95,00 G		
Westfäl. u. Rhein.	4 1/2 95,00 bz		
Sächsische	4 1/2 97,75 B		
Schlesische	4 1/2 96,00 G		
Badische Präm.-Anl.	4 1/2 120,50 bzG		
Bayerische 4 1/2 Anleihe	4 1/2 123,75 bz		
Colind. Präm.-Anleihe	4 1/2 115,10 bz		
Sächs. Rente von 1876	4 1/2 72,60 G		
Kurs 40 Thaler-Lose 242,50 bz			
Badische 35 Th.-Lose	145,00 bz		
Braunsch. Präm.-Anleihe	81,20 bz		
Odenburger Lose	137,50 bzB		
Ducaten 9,62 B Dollars 4,18 G			
Sover. 20,44 bz	Oest. Bkn. 172,15bz		
Napoleon 16,22 bzG	do. Silbergd. —		
Imperial —	Russ. Bkn. 201,20 bz		
Hypotheneken-Certificates.		Eisenbahn-Stamm-Actien.	
Kruppsche Partial-Ob.	5 1/2 107,60 bz	Aachen-Mastricht	1876 1877 4 14,00 bzG
Unk. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4 1/2 97,00 bzG	Berg.-Märkische	3 1/2 3 1/2 4 78,60 bz
do. do.	4 1/2 102,00 bzG	Berlin-Anhalt	6 5 1/2 4 92,25 bzG
Deutsche Hyp.-B. Pfd.	4 1/2 94,50 bzG	Berlin-Dresden	0 0 4 9,70 bz
do. do.	4 1/2 100,00 bzG	Berlin-Görlitz	0 0 4 12,50 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4 1/2 100,00 G	Berlin-Hamburg	11 11 1/2 4 198,00 bzG
Unkünd. do. (1872)	5 101,50 bz	Berl.-Post-Magdb.	3 1/2 3 1/2 4 85,25 bzG
do. rückz. d. 110	5 106,50 G	Berlin-Stettin	8 1/2 7 1/2 4 113,75 bzG
Unk. H. d. Pr. Bd. Crd. B.	5 100,50 G	Böhm. Westbahn	5 5 1/2 4 68,40 etbzG
Kündbr. Hyp.-Schuld. do.	5 100,00 bz	Bresl. Freib.	5 5 1/2 4 62,00 bzG
Hyp.-Anst. Nord-G.C.B.	5 92,25 G	Colind. Minden	5 1/2 5 1/2 4 104,60 bz
do. do. Pfandbr.	5 93,00 G	Dux-Bodenbach-B.	0 0 4 15,60 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5 96,90 B	Gal. Carl-Ludw.-B.	7 9 1/2 4 101,90 bz
do. do. II. Em.	5 95,00 G	Halle-Sorau-Gub.	0 0 4 11,75 bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5 105,90 bz	Hannover-Altenb.	0 0 4 13,40 bzG
do. do. II. Em.	5 104,00 G	Kaschau-Oderberg	4 4 5 42,75 etbzG
do. 5 1/2 Präm. d. 110	5 99,25 oz	Kronpr. Rudolfsb.	5 5 5 49,80 G
do. 4 1/2 do. m. 110	4 91,75 bz	Ludwigsb.-Bxh.	9 9 4 181,20 bz
Meininger Präm.-Pfd.	4 108,50 bz	Märk.-Posener	0 0 4 17,00 bzG
Pfd. d. Oest. Bd.-Cr. G.	5 99,75 B	Magdeb.-Halberst.	8 8 4 130,00 bzG
Schles. Bodencr.-Pfd.	5 95,00 G	Mainz-Ludwigsh.	5 5 4 71,60 bz
Südd. Bod.-Cred.-Pfd.	5 103,00 B	Niedersch.-Märk.	4 4 4 96,40 bz
do. do. 4 1/2	5 98,70 G	Oberschl. A. C. D. E.	9 9 1/2 4 129,00 bzG
Ausländische Fonds.		Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.	
Oest. Silber-R. (1 1/2 p. 100)	4 1/2 83,10 bzG	Berlin-Dresden	0 0 5 23,00 bzG
do. 1 1/2 p. 100	4 1/2 83,30 bzB	Berlin-Görlitz	0 0 5 33,75 bzG
do. Goldrente	4 1/2 61,10 B	Breslau-Warschau	0 0 5 20,00 G
do. Papierrente	4 1/2 61,80 bz	Halle-Sorau-Gub.	0 0 5 37,00 bzG
do. 54er Präm.-Anl.	4 1/2 106,00 etbzG	Hannover-Altenb.	0 0 5 27,75 bzG
do. Lott.-Anl. v. 60	5 106,00 etbzG	Kölnf.-Falkenb.	3 1/2 4 1/2 5 21,00 etbzG
do. Credit-Lose	5 126,10 bz	Märkisch-Posener	3 1/2 4 1/2 5 85,50 bzG
do. 64er Lose	5 147,10 bz	Magdeb.-Halberst.	3 1/2 4 1/2 5 105,00 bzG
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5 144,70 bz	do. Lit. C.	5 5 5 91,00 bzG
do. do. 1866	5 144,70 bz	Oestr. Südbahn	6 1/2 6 1/2 5 111,90 bz
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5 73,00 bzG	Rechte-O.-U.-E.	6 1/2 6 1/2 5 87,50 bzG
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfd.	5 72,50 bz	Rumänien	8 8 5 16,00 B
Russ. Poln. Schatz-Obl.	4 78,10 bz	Saal-Bahn	0 0 5 14,25 bz
Poln. Pfdbr. III. Em.	5 61,80 bz	Weimar-Gera	0 0 5 14,25 bz
Poln. Liquid.-Pfdbr.	4 54,70 bz		
Amerik. rückz. p. 1881	6 104,50 bz		
do. do. 1885	6 102,90 G		
do. 5 1/2 Anleihe	5 72,25 bz		
Ital. 5 1/2 Anleihe	5 102 B		
Ital. Tabak-Oblig.	6 70,00 bz		
Rumänische Anleihe	8 111-112 bz		
Türkische Anleihe	6 70,00 bz		
Ung. Goldrente	6 70,00 bz		
Ung. 5 1/2 St.-Bkn.-Anl.	5 111-112 bz		
Schwedische 10 Thlr.-Lose	5 111-112 bz		
Finnische 10 Thlr.-Lose	38,30 B		
Türken-Lose 35,00 B			
Eisenbahn-Prioritäts-Actien.		Bank-Papiere.	
Berg.-Märk. Serie II.	4 1/2 84,90 bz	Alg. Deut. Hand.-G.	0 0 4 20,00 B
do. III. v. St. 31 1/2	4 1/2 84,90 bz	Anglo-Bank	0 0 4 143,00 G
do. VI.	4 1/2 103,40 G	Berl. Kassen-Vere.	0 0 4 60,75 bz
do. Hess. Nordbahn	5 102,00 B	Berl. Handelsges.	0 0 4 66,00 G
Berlin-Görlitz	4 1/2 90,50 G	Berl. Präm.-u. Hdb.-G.	6 1/2 6 1/2 4 84,10 B
do. Lit. C.	4 1/2 86,00 bzG	Bresl. Disc.-Bank	5 3 4 63,00 G
Breslau-Freib. Lit. F.	4 1/2 97,25 G	Bresl. Wechselbr.	5 1/2 5 1/2 4 73,50 B
do. Lit. G.	4 1/2 95,50 G	Coburg. Cred.-Bnk.	4 1/2 5 4 105,10 G
do. Lit. H.	4 1/2 94,60 G	Danziger Priv.-Bk.	6 6 1/2 4 116,40 bz
do. Lit. K.	4 1/2 94,60 G	Darmst. Creditbk.	6 6 1/2 4 100,00 G
do. von 1876	4 1/2 101,50 bz	Darmst. Zettelbk.	6 6 1/2 4 103,75 bz
Colind. Minden III. Lit. A.	4 1/2 100,75 G	Deutsche Bank	6 6 1/2 4 133,50 G
do. Lit. B.	4 1/2 94,25 G	do. Hyp.-B. Berlin	4 5 4 132,75-133,50
do. Lit. IV.	4 1/2 94,25 G	Disc.-Comm.-Anst.	4 5 4 94,25 G
Halle-Sorau-Guben	4 1/2 101,60 B	Genossensch.-Bnk.	5 1/2 5 1/2 4 94,00 G
Hannover-Altenbeken	4 1/2 100 G	do. junge	5 1/2 5 1/2 4 101,50 etbzG
Märkisch-Posener	4 1/2 95,50 B	Goth. Grundcred.	8 8 4 123,50 bz
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4 1/2 94,50 bzG	Hamb. Vereins-B.	6 6 1/2 4 102,50 B
do. do. II. Ser.	4 1/2 94,50 bzG	Hannov. Bank	6 6 1/2 4 85,20 B
do. do. Obl. I. u. II.	4 1/2 94,50 B	Königsb. Ver.-Bnk.	5 1/2 4 52 G
do. do. III. Ser.	4 1/2 94,50 B	Ldw.-B. Kwielenk.	5 1/2 4 110,50 B
Oberschles. A.	4 1/2 94,50 B	Leipz. Cred.-Anst.	6 6 1/2 4 105,50 G
do. B.	4 1/2 94,50 B	Luxemburg. Bank	6 6 1/2 4 109,50 B
do. C.	4 1/2 94,50 B	Magdeburger do.	6 6 1/2 4 77,10 bzG
do. D.	4 1/2 94,50 B	Meininger do.	6 6 1/2 4 81,20 G
do. E.	4 1/2 94,50 B	Nord. Bank	8 8 1/2 4 58,00 G
do. F.	4 1/2 94,50 B	Nord. Grundcred.	8 8 1/2 4 64,50 bzG
do. G.	4 1/2 94,50 B	Oberlausitzer Bk.	12 12 4 389-390
do. H.	4 1/2 94,50 B	Oest. Cred.-Actien	11 1/2 8 1/2 4 98,75 B
do. I.	4 1/2 94,50 B	Posener Pro.-Bank	6 1/2 6 1/2 4 85,75 bz
do. J.	4 1/2 94,50 B	Pr. Bod.-Cr.-Act.	6 1/2 6 1/2 4 119,30 bz
do. K.	4 1/2 94,50 B	Pr. Cent.-Bod.-Crd.	6 1/2 6 1/2 4 105,50 G
do. L.	4 1/2 94,50 B	Sächs. Bank-Verein	5 5 4 87,50 bzG
do. M.	4 1/2 94,50 B	Weimar. Bank	0 0 4 33,00 bz
do. N.	4 1/2 94,50 B	Wiener Unionb.	11 1/2 3 1/2 4 111,00 G
Industrie-Papiere.		In Liquidation.	
Berl. Eisenb.-Bd.-A.	0 0 4 490 G	Berliner Bank	— — fr. 4,00 G
D. Eisenb.-Bd.-A.	0 0 4 490 G	Berl. Bankverein	— — fr. 27 G
do. Reichs-u. Co.-B.	0 0 4 21,50 bzG	Berl. Wechselbr.	— — fr. 10,75 G
Märk. Sch. Masch. G.	5 4 4 48,00 B	Central-L. Genos.	— — fr. 19,50 G
Nordd. Gummi-Fab.	0 0 4 0,20 G	Deutsche Unionb.	— — fr. —
Westend. Com.-G.	0 0 4 0,20 G	Gwb. Schuster u. C.	— — fr. —
Pr. Hyp.-Vers.-Anst.	12 1/2 8 4 84,10 bzG	Moldauer Lds.-Bk.	— — fr. —
Schles. Feuervers.	18 25 fr. 940 B	Ostdeutsche Bank	— — fr. —
Donnersmarkhütt.	3 3 4 26,50 bzB	Pr. Credit-Anstalt	— — fr. —
Dortm. Union	0 0 4 9,00 bzG	Sächs. Cred.-Bank	5 1/2 5 1/2 4 105,50 G
do. abgest.	0 0 4 12,50 bzG	Schl. Vereinsbank	0 0 4 62,00 G
Königs- u. Laurah.	2 2 4 74,25 bzG	Thüringer Bank	0 0 4 74,75 bz
Lauchhammer	0 0 4 24,30 bz		
Marienhütte	6 3 4 47,75 G		
Oschl. Eisenwerke	0 0 4 72,00 B		
Cons. Redenbütt.	0 0 4 9,60 G		
Schl. Kohlenwerke	7 6 1/2 4 81,25 bz		
Schl. Zinkh.-Actien	7 6 1/2 4 90,00 B		
do. St.-Pr.-Act.	7 6 1/2 4 42,60 G		
Tarnowitz. Bergb.	0 0 4 3,50 B		
Vorwärtshütte	0 0 4 3,50 B		
Baltischer Lloyd	— — fr. 5 G		
Bresl. Bierbrauer.	0 0 4 32,30 G		
Bresl. E.-Wagenb.	2 1/2 4 51,00 B		
do. ver. Oelfabr.	0 0 4 62,00 G		
Edm. Spinnerei	0 0 4 16,75 G		
Görlitz. Eisenb.	1 1/2 4 32,00 bzG		
Hofm.-Wag.-Fab.	0 0 4 67,50 B		
O.-Schl. Eisenb.-B.	0 0 4 34,50 G		
Schl. Leinenind.	5 1/2 4 25,00 bz		
do. Porzellan	0 1 1/2 4 34,50 G		
Wilhelmsb. MA.	0 0 4 25,00 bz		
Bank-Discount 5 pCt.		Lombard-Zinsfuß 6 pCt.	

*** Breslau, 2. Novbr.** [Kramsch-Schlesische Leinen-Industrie-Actien-Gesellschaft.] In der heutigen Sitzung des Aufsichtsrathes wurde der Geschäftsabschluss 1877/78 vorgelegt und festgestellt. Nach Abzug von 120,915 M. 52 Pf. Abfchreibungen auf Immobilien-Conto verbleibt ein Netto-Ueberschuss von 446,114 M. 39 Pf., von dem eine 4proc. Dividende zur Auszahlung gebracht und der Ueberrest zur Dotirung des Reservefonds und Unterfützungsfonds verwandt werden soll. Der durch den Ankauf von 395,400 M. Actien entstandene Gewinn von 141,283 M. 42 Pf. soll ebenfalls dem Reservefonds zugeschrieben werden und wird derselbe demnach sich auf 560,283 M. 42 Pf. belaufen. Von diesem Fonds sind 414,792 M. 35 Pf. in allerersten Prioritäten und Schlesischen landwirtschaftlichen Pfandbriefen angelegt. Der Bestand von Cassen und Wechseln beläuft sich auf 435,897 M. 90 Pf.

*** Breslau, 4. Nov., 9 1/2 Uhr Vorm.** Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen schleppend, bei mäßigem Angebot Preise unverändert.

Weizen, feine Qualitäten preishaltend, pr. 100 Kilogr. schlesischer neuer weißer 13,80—16,20—17,60 Markt, neuer gelber 13,40—16,00—17,00 Markt, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, zu notierten Preisen gut veräußert, pr. 100 Kilogr. 11,60 bis 12,50—13,20 Markt, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste, nur feine Qualitäten behauptet, pr. 100 Kilogr. neue 12,40 bis 13,50 Markt, weiße 14,20—14,70 Markt.

Hafer in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. neuer 10,40—10,90—11,40 bis 12,40 Markt.

Mais ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 11,20—12,20—12,80 Markt. Erbsen mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 12,80—13,80—16,00 Markt.

Bohnen schwach gefragt, pr. 100 Kilogr. 16,80—17,80—18,80 Markt. Lupinen ohne Frage, pr. 100 Kilogr. gelbe 8,00—8,20—8,50 Markt, blaue 8,00—8,10—8,40 Markt.

Wicken ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 10,40—11,00—11,60 Markt. Delfaaten behauptet.

Schlaglein in ruhiger Haltung. Pro 100 Kilogramm netto in Markt und Pf.

Schlag-Weizen 24 75 22 50 20 50
Winterraps 25 22 19 —
Winterrüben 24 50 22 19 —
Sommererbsen 24 21 19 —
Leindotter 21 20 17 50

Rapskuchen mehr beachtet, pr. 50 Kilogr. 6,90—7,10 Markt. Leinfaden ruhiger, pr. 50 Kilogr. 8,40—8,80 Markt.

Kleefamen schwacher Umsatz, rother ruhiger, pr. 50 Kilogr. 37—40 bis 44 Markt, weißer unverändert, pr. 50 Kilogr. 44—57—64 Markt, hochfeiner über Notiz.

Thymothee nominell, pr. 50 Kilogr. 15—18—19 Markt. Weizen mehr Kaufkraft, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 25,50—27,50 Markt, Roggen fein 19,50—20,50 Markt, Sausbuden 19,25—19,75 Markt, Roggen-Futtermehl 8,75—9,50 Markt, Weizenkleie 7,20—8 Markt.

Heu 2,80—3,10 Markt pr. 50 Kilogr. Roggenstroh 20,00—22,00 Markt pr. Schock à 600 Kilogr.

Breslau, 2. Novbr. Spiritus loco ohne Faß 52,5—52 M. bez., per April-Mai 52,3—52,1 M. bez., per Mai-Juni 52,5—52,3 M. bez., per November 51,4—51,1 M. bez., per November-December 50,4—50,2 M. bez., Gef. — Liter. Kündigungspreis — M.

Meteorologische Beobachtungen auf der Königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Nov. 2., 3.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme	+ 3,3	+ 0,3	0,7
Luftdruck bei 0°	332,54	332,57	330,51
Dunstdruck	1,67	1,71	1,72
Dunstfättigung	62 pCt.	83 pCt.	81 pCt.
Wind	W. O.	S. O.	W. O.
Wetter	besser.	trübe.	bedeckt.

Nov. 3., 4.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme	0,0	0,1	0,1
Luftdruck bei 0°	328,63	327,73	326,25
Dunstdruck	1,66	1,68	1,68
Dunstfättigung	100 pCt.	100 pCt.	100 pCt.
Wind	N. 3.	NW. 4.	NW. 2.
Wetter	Schnee.	hebb. vorh. Sch. Sch.	Schnee.

Breslau, 4. Nov. [Wasserstand.] D.-B. 4 M. 80 Cm. U.-B. — M. 10 Cm.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. L. W.) Paris, 3. November. Abends. [Boulevard-Verkehr.] 3% amortisirbare Rente 78, 50, 3% Rente —, Anleihe von 1872 112, 02 1/2, Türken 11, 07 1/2, Spanien ext. 14 1/2, do. int. —, neue Egypter 286, 25, Türkenloose 42, 25, Banque ottomane 461, 25, Italiener 73, 40, österr. Goldrente 60, 56, ungar. Goldrente 70, 93, 1877er Russen 82 1/2. Fest.

Ber